



# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

## NEWSLETTER AUGUST 2022

### BERND RÜTZEL

Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses  
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK:



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

zehn Tage lang war wohl ganz Deutschland gespannt darauf, ob wieder Gas durch die Pipeline fließt. Sehen wir doch, wie abhängig wir sind vom Brennstoff aus Russland. Wenn der bayerische Ministerpräsident jetzt fordert, die drei verbliebenen Atomkraftwerke weiter laufen zu lassen, dann ist das keine Lösung, sondern eine Offenbarung.

Jahrelang hat die bayerische Staatsregierung den Ausbau von Windkraft verhindert. Eigentlich müsste Herr Söder in die nächstgelegene Wallfahrtskirche gehen und eine Opferkerze anzünden. Warum? Weil die Ampel die 10 H Regel in Bayern gekippt und damit den Weg für den Ausbau der erneuerbaren Energien frei gemacht hat. Er kann weiterhin behaupten, dass die Ampel das Landschaftsbild verschandelt und kann heilfroh sein, dass für das Industrieland Bayern die Stromversorgung auf sichere Beine gestellt wird.

Verantwortungsvolle Politik geht anders, Herr Söder. Die Krise zeigt, dass wir widerstandsfähiger werden müssen.

Viel Spaß beim Lesen meines Newsletters und einen schönen Urlaubsmonat August.

Ihr/Euer

3



Das Bürgergeld kommt!

7



Wir fördern den Ausbau von  
Sonnen- und Windenergie

10



Ein Tag bei der Post in  
Lohr und Rieneck

12



Wie geht es weiter mit  
dem 9 Euro-Ticket?

# KLARTEXT

## INFLATION: WIR LASSEN NIEMANDEN ZURÜCK



Wir müssen jene, die keine dicken Polster auf der Bank haben, gut durch diese Zeit bringen. Steigende Preise, Lieferengpässe und fehlende Arbeitskräfte treiben die Preise in die Höhe. Bundes-

regierung und Bundestag lassen daher vor allem die Schwächeren nicht alleine.

Die 12 Euro Mindestlohn ab 1. Oktober z.B. sind ganz vielen Menschen eine große Hilfe. Genauso wie die Rentenerhöhung. Diese war nur möglich, weil wir während der Corona-Pandemie viel in unsere Wirtschaft, in Kurzarbeitergeld, in den Erhalt von Arbeitsplätzen investiert haben. Zusätzlich unterstützen wir mit Zuschlägen und mit Einmalzahlungen.

Dauerhaft müssen wir aber schauen, dass wir diejenigen, die in so einer Krise besonders große Probleme haben, ganz gezielt unterstützen. Unsere Botschaft muss klar sein: Wir lassen niemanden zurück.

Das heißt aber auch, dass diejenigen mit den höchsten Einkommen, die Unternehmen mit Übergewinn und Riesen-Dividenden-Ausschüttungen, nun besonders mithelfen müssen, dass wir gut durch diese Zeit kommen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Vernunft. Denn es ergibt auch ökonomisch keinen Sinn, Leuten mit hohem Einkommen Geld dafür zu geben, dass sie ihre Sparquote erhöhen, während andere nicht wissen, wie sie den alltäglichen Bedarf decken sollen. Und es ist ja auch wichtig, dass wir die Binnennachfrage stärken und dadurch die Wirtschaft am Laufen halten.



# POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

## NEU AB JULI

- Mit 5,35% (West) bzw. 6,12% (Ost) erlebt Deutschland den höchsten **Rentenanstieg** seit Jahrzehnten.
- Der **Mindestlohn** steigt auf 10,45 Euro. Und im Oktober dann auf 12 Euro pro Stunde.
- Alle Empfangsberechtigten bekommen im Juli den **100 Euro-Kinderbonus** sowie den **Corona-Bonus** für alle in Grundsicherung, Sozialhilfe und ALG II.
- Das **Mietspiegel-Gesetz** sorgt für Transparenz und Vergleichswerte bei Mietkosten.
- Die **EEG-Umlage** fällt weg. Damit bezahlen Stromkunden die Förderung von umweltfreundlichem Strom (3,72 Cent/kWh) nicht mehr mit.
- Dank nun vorgeschriebener **Kündigungsbuttons** können Online-Verträge nun erheblich einfacher gekündigt werden.
- Supermärkte und Discounter sind seit diesem Monat verpflichtet, **Elektrogeräte** von Kunden kostenlos zurückzunehmen.

### Neues Miteinander und neues Vertrauen

- **Vermittlung auf Augenhöhe:** Vertrauenszeit ohne Sanktionen.
- Gemeinsam entwickelter **Kooperationsplan** als "roter Faden" zur Vermittlung.
- **Ganzheitliche Betreuung** und individuelles Coaching.



### Neue Chancen auf Arbeit durch Qualifizierung

- Langfristige Perspektiven: **Aus- und Weiterbildung** statt schneller Vermittlung in Aushilfsjobs.
- **Finanzielle Anreize für Weiterbildung** (unter anderem durch monatliches Weiterbildungsgeld).



### Mehr Sicherheit und mehr Respekt für Lebensleistung

- Wer Hilfe braucht, soll keine Angst haben, die Wohnung oder das Ersparte zu verlieren: **zweijährige Karenzzeit bei Wohnkosten und nicht erheblichen Vermögen.**
- **Höherer Freibetrag** für Einkommen aus Schüler:innen- und Studienjobs sowie Azubi-Gehalt.



# DAS BÜRGERGELD KOMMT

## GRÖßTE SOZIALREFORM SEIT 20 JAHREN

Das Bürgergeld soll ab Januar 2023 in Kraft treten. Bis dahin sind noch einige Schritte zu gehen. Und wir sind bis hierher auch schon viele Schritte gegangen: 2018 hat Andrea Nahles auf dem 1. SPD-Debattencamp deutlich gemacht: „Wir werden Hartz IV hinter uns lassen.“ Die Last, die vielen im Raum vom Herzen fiel, konnte man damals buchstäblich hören. Es war eine programmatische Ankündigung und nur die SPD konnte die Kraft aufbringen, diesen Schritt zu gehen.

Seit diesem Tag war unser Ziel: Wir schaffen einen Sozialstaat aus der Perspektive der Menschen, die ihn brauchen. Auf Augenhöhe und mit einem positiven Menschenbild. Dafür haben wir in der Partei ein Konzept erarbeitet, das unter Federführung von Hubertus Heil, Manuela Schwesig und Kevin Kühnert entstand und für das ich mit meiner AG den Grundstock erarbeitet habe. Dieses Konzept haben wir dann 2019 einstimmig auf dem Bundesparteitag beschlossen. Dieser Prozess unter Einbeziehung der gesamten Partei hat den Grundstein dafür gelegt, was Hubertus jetzt politisch auf den Weg bringen kann.

Das neue Bürgergeld läutet einen Perspektivwechsel ein. Es geht um mehr Sicherheit und Respekt vor der Lebensleistung derer, die in Arbeitslosigkeit geraten. Es geht um ein neues Miteinander und um Vertrauen. Es geht darum, endlich neue Chancen auf Arbeit und Qualifizierung zu eröffnen.

Denn als Partei der Arbeit ist es unser Ziel, den Menschen Wege in gute Arbeit zu ermöglichen. Und das auch in späteren Lebensphasen.

**Zusammen mit Ronja Endres habe ich hierzu im Namen der BayernSPD eine Pressemitteilung herausgegeben, die ich hier im Original nochmal abdrucke:**

„Die SPD hält Wort und wird mit der größten Sozialreform seit 20 Jahren den Sozialstaat entbürokratisieren. Menschen, die in Not sind, sollen den Staat an ihrer Seite wissen. Auch durch die Inflation ist die Angst vor Armut für immer mehr Menschen gestiegen. Dem müssen und werden wir begegnen, das ist eine Frage des Respekts. Davon werden viele Bürgerinnen und Bürger in Bayern profitieren.“, so Ronja

### Neubemessung der Regelbedarfe

- Die Regelungen zur **Erhöhung der Regelbedarfe** zum 1. Januar 2023 werden im Bürgergeld-Gesetz ergänzt, sobald die hierfür notwendigen Daten vorliegen und die Berechnungen abgeschlossen sind.



### Mehr Bürgerfreundlichkeit und weniger Bürokratie

- **Keine Rückforderung von Kleinbeträgen** (Bagatellgrenze).
- **Digitale Antragstellung**, Entwirrung von Sonderregelungen und einfachere Abmeldung bei Abwesenheit.



**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

**Das neue Bürgergeld:**  
Mehr Sicherheit, Vertrauen  
und Respekt.

Endres, Vorsitzende der BayernSPD und stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit der SPD.

Dazu soll das Schonvermögen deutlich erhöht werden und auch für eine Übergangszeit auf die Prüfung verzichtet werden, ob die aktuelle Wohnung angemessen ist. „Wer beruflich oder auch sonst im Leben in eine Krise gerät und deshalb eine Sicherung in Anspruch nehmen muss, soll nicht sofort sein ganzes Leben ändern müssen – nur weil die Wohnung vielleicht etwas zu groß ist. Das haben wir bereits in der Pandemie befristet verändert. Es hat sich bewährt, deshalb wollen wir das dauerhaft machen“, so der bayerische Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Bernd Rützel.

Eine weitere Änderung liegt Rützel besonders am Herzen: „Wir wollen den Menschen echte Chancen eröffnen, deshalb schaffen wir die Regel ab, dass die Vermittlung in einen Job in jedem Fall Vorrang hat vor einer Aus- oder Weiterbildung. Künftig fördern wir im Zweifelsfall immer erst einmal das Nachholen eines Berufsabschlusses, bevor wir Menschen in Aushilfsjobs bringen und das Jobcenter diese nach kurzer Zeit bereits wieder sieht. Jede und jeder kann was

– und wir brauchen alle Menschen.“ Zwei Drittel der langzeitarbeitslosen Menschen im SGB II haben aktuell keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Ziel der Reform ist eine verstärkte Vertrauenskultur, die den Respekt vor den Menschen ausdrückt. Dazu soll es Kooperationspläne zwischen Jobcenter und Arbeitslosen geben, sowie eine Schlichtungsstelle und auch weiterhin Mitwirkungspflichten.

Der Gesetzentwurf wird im Sommer innerhalb der Regierung und mit Verbänden und der Bundesagentur für Arbeit beraten, bevor er im September in das parlamentarische Verfahren in Bundestag und Bundesrat kommt.

Daneben drängt die SPD darauf, die Regelsätze für das kommende Jahr deutlich zu erhöhen. Dazu soll die Art der Berechnung verändert werden. „Der bisherige Mechanismus hinkt der Preisentwicklung zu sehr hinterher. Es muss so angepasst werden, dass alle Menschen problemlos ihre Lebensmittel bezahlen können. Alles andere ist für die betroffenen Menschen und für unsere ganze Gesellschaft unwürdig“, so Rützel.



Büro Rützel



Büro Rützel

# SPRACHFÖRDERUNG IN KITAS

## ERFOLGSMODELL ERHALTEN UND VERSTETIGEN!

Für einen Wirbel hat zuletzt die Ankündigung aus dem Bundesfamilienministerium von Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) gesorgt, die Bundesfinanzierung zum Programm „Sprach-Kitas“ zum Jahresende auslaufen zu lassen. Ich weiß aus meinen Besuchen bei mehreren Sprach-Kitas (Foto vom Januar 2022 in Altfeld), dass das Programm ein Erfolgsmodell ist, das allen Beteiligten hilft – von den Kindern über die Familien bis zu den Kita-Beschäftigten. Wichtig ist deshalb, dass die Sprachförderung weiter geht.

Seit 2016 (und mit dem Vorgängerprogramm schon seit 2011) leisten die Sprachfachkräfte in den Kitas einen wichtigen Beitrag für mehr Integration und mehr Bildungsgerechtigkeit. Seit Einführung des Programms begleite ich dieses auch. Gefördert werden vor allem Einrichtungen mit vielen Kindern mit Sprachförderbedarf. Nach Regierungsangaben werden mit dem Geld derzeit etwa 8.000 halbe Stellen für Sprachbildung und Beratung an den Kitas gefördert. Im laufenden Jahr sind dafür Kosten von 248 Millionen Euro veranschlagt. Jede achte der bundesweit 58.500 Einrichtungen ist eine Sprach-Kita.

Seit Jahren kämpfen wir als SPD für die Sprachförderung in Kitas und haben eine längere Förderung auch in den Koalitionsvertrag hineinverhandeln können. Mit der Ankündigung aus dem Bundesfamilienministerium stehen wir nun wieder ganz am Anfang der Debatte, wie die Sprachförderung in Zukunft gewährleistet wird. Dafür habe ich kein Verständnis.

Deshalb habe ich umgehend Verbindung mit den Familienexperten meiner Fraktion aufgenommen. Eine Möglichkeit ist, die Förderung sprachlicher Bildung im Rahmen einer Neuauflage des Gute-Kita-Gesetzes umzusetzen und über ein Kita-Qualitätsgesetz auch dauerhaft zu verstetigen. Für ein solches Gesetz gibt es im Haushalt 2023 Rückstellungen von bis zu 2 Milliarden Euro. Jetzt kommt es darauf an, schnell mit den Ländern Einigkeit herzustellen, wie eine solche Förderung genau aussehen soll.

Denn Bildung ist eine klassische Aufgabe der Länder und die Förderprogramme des Bundes funktionieren nur, wenn sie dort auch umgesetzt werden, womit sich insbesondere Bayern oft schwer tut.



Büro Rützel

# FLUG-CHAOS

## HILFE MIT AUFLAGEN

Das Chaos an deutschen Flughäfen ist hausgemacht. Statt während der Pandemie auf die Regelungen zur Kurzarbeit zurückzugreifen, wurden viele Menschen entlassen, die jetzt fehlen.

Wir unterstützen, indem befristet angestellte Fachkräfte aus dem Ausland nun kurzfristig an den Flughäfen einspringen können. Gut, dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Bundesinnenministerin Nancy Faeser Klartext sprechen: Die von der Branche erbetene Leiharbeit wird es nicht geben. Vielmehr gibt es fünf Bedingungen:

- Es müssen Tariflöhne gezahlt werden.
- Die ausländischen Hilfskräfte, die kommen, müssen bei den Firmen und vor allem bei den Bodendienstleistern direkt angestellt werden,
- sie werden einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen und
- sie müssen in ordentlichen Unterkünften untergebracht werden.
- Sozialdumping werden wir nicht zulassen.



UnterfrankenSPD

# BAYERNSPD

## SPITZENKANDIDAT VON BRUNN

Der Landesvorstand der BayernSPD hat Mitte Juli einstimmig beschlossen, Florian von Brunn, Co-Vorsitzender der BayernSPD und Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion, für die Spitzenkandidatur im Landtagswahlkampf 2023 vorzuschlagen.

Die Herausforderungen sind groß. Die Landtagsfraktion arbeitet hart, zum Beispiel für weitere bayerische Entlastungen angesichts der hohen Energiepreise, deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum, eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt und Land, Energiewende und Klimaschutz und vieles mehr.

Zusammen und gemeinsam sind da die Stichpunkte, denn am besten meistert man solche Herausforderungen, wenn man zusammenhält und an einem Strang zieht. Wir zeigen, wie man das macht.

Dazu möchte ich meinen Beitrag leisten - als Mitglied der größten Fraktion im Deutschen Bundestag und als Vorsitzender der UnterfrankenSPD. Meine Unterstützung hast Du, lieber Florian. Glück Auf!



# AUSBAU

## VON WIND- UND SOLARKRAFT

Auf Initiative der Ampel-Fraktionen haben wir im Deutschen Bundestag mehrere Gesetze verabschiedet, mit denen die Grundlage für eine klimaneutrale Energieversorgung in Deutschland geschaffen wird.

Die neuen Regeln sorgen dafür, dass die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden können: Je schneller Windkraftanlagen an Land und in der See gebaut werden, Solaranlagen errichtet, die anderen Erneuerbaren Energien genutzt und je schneller die nötigen Stromleitungen von den neuen Kraftwerken zu den Verbrauchern sowie die Verteilnetze vor Ort gebaut werden, desto eher kann auf Kohle, Öl und Erdgas verzichtet werden und desto eher kann die Industrie klimaneutral produzieren und zum globalen Vorreiter werden. Das bringt neue Investitionen, sichert Arbeitsplätze für die Zukunft und schützt unser Klima.

### Die zentralen Punkte:

- **Erneuerbare Energien dienen der Sicherheit**

Wir haben gesetzlich festgelegt, dass die Erneuerbaren Energien „im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit“ dienen. Sie

haben damit in der Genehmigungspraxis absoluten Vorrang. Der Ausbau der Erneuerbaren bekommt höchste Priorität.

- **Bürgerenergieprojekte werden gefördert**

Durch die neuen Bestimmungen zur Bürgerenergie wird den Bürgerinnen und Bürgern die Beteiligung an Windenergieprojekten ermöglicht. Dies fördert die Akzeptanz in der Bevölkerung und sorgt dafür, dass die Bürger sowie die Kommunen auch endlich direkt vor Ort vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

- **Mehr Solarenergie**

Solarenergie auf den Dächern soll sich lohnen: Deshalb werden unter anderem die Vergütungssätze für Teileinspeisung angehoben. Zusätzlich wird deutlich mehr Fläche für Solarenergie bereit gestellt: Die für Solarenergie nutzbaren Randstreifen an Straßen und Schienenwegen werden von 200 auf 500 Meter verbreitert. Zusätzlich werden Solaranlagen auf Parkplätzen und auf Grünland ermöglicht.

- **Wind an Land**

Wir haben nun gesetzlich klar geregelt, dass jedes Bundesland rund zwei Prozent seiner Flächen verpflichtend für Windkraft zur Verfügung stellen muss. Weigert sich ein Bundesland, werden seine Landes-Abstandsregeln gestrichen. Das gilt auch für Bayern, das mit seinen Abstandsregeln den Ausbau der Windkraft nahezu unmöglich gemacht hat.

- **Entbürokratisierung**

Durch die Entbürokratisierung der Artenschutzbestimmungen werden Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht. Zukünftig können auch Landschaftsschutzgebiete in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden.

### • Wind auf See

Die Ausbauziele für Windenergie auf See werden erhöht und der Ausbau beschleunigt.

### • Zügige Genehmigungsverfahren

Die nun beschlossenen Änderungen sorgen für zügige und rechtssichere Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen unter gleichzeitiger Wahrung hoher und insbesondere unionsrechtlich gebotener ökologischer Standards.

### • Artenhilfsprogramme

Zusätzlich wird das Bundesamt für Naturschutz damit beauftragt, nationale Artenhilfsprogramme zum dauerhaften Schutz insbesondere der durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien betroffenen Arten aufzustellen. Die Anlagenbetreiber werden zur Finanzierung der Programme in Form einer Sonderabgabe herangezogen.

In der Sommerpause werden zwei weitere Gesetzespakete mit zusätzlichen Maßnahmen für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien vorbereitet, die im Herbst verabschiedet werden sollen. Wir als SPD-Fraktion wollen insbesondere die Nutzung von Solaranlagen auf Mehrfamilienhäusern durch die Mieter („Mieterstrom“) erleichtern und bei der Planungsbeschleunigung weiter Druck machen.



### FRAKTION INTERN

Die neue Ausgabe ist da. Jetzt mit einem Klick auf die Titelseite online lesen!

#### Themen:

Mindestlohn - §219a -  
Inflations-Hilfen - u.a.



Bernd Rützel

## AUSTAUSCH BEI DER AGENTUR FÜR ARBEIT

Mitte Juli war ich mit meinen Bundestagskollegen Sabine Dittmar und Markus Hümpfer und unserem unterfränkischen Landtagsabgeordneten Volkmar Halbleib bei der Agentur für Arbeit in Würzburg zum Informationsaustausch.

Diese regelmäßige Treffen sind für beide Seiten eine gute Möglichkeit, sich gegenseitig auf dem Laufenden zu halten und aktuelle Entwicklungen zu besprechen. Wir haben auch ehemalige Azubis getroffen, die nun übernommen wurden.

TAGESAKTUELL  INFORMIERT:

[facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://facebook.com/BerndRuetzelMdB)

[instagram.com/bernd\\_ruetzel](https://instagram.com/bernd_ruetzel)

[bernd-ruetzel.de](https://bernd-ruetzel.de)





## NEMBACH

### KANDIDIERT FÜR DEN LANDTAG

SPD-Kreisparteitag Main-Spessart in Lohr am Main: Pamela Nembach und Sven Gottschalk machen als Doppelspitze einen klasse Job. Die Herausforderungen für unseren Landkreis sind sehr groß. Gut, dass es die SPD gibt. Und gut, dass Pamela Nembach, unsere stellvertretende Landrätin, 2023 für den Landtag kandidieren wird. Ich kann mir keine kompetentere Interessenvertreterin für unsere Region in München vorstellen.



## HERRMANN

### KANDIDIERT FÜR DEN LANDTAG

Samuel Herrmann soll Direktkandidat der SPD im Stimmkreis Miltenberg für die bayerische Landtagswahl 2023 Jahr werden. Der SPD-Kreisvorstand hat einstimmig beschlossen, den 24-jährigen Kleinwallstädter für die Stimmkreis Konferenz im September zur Nominierung vorzuschlagen. Der Polizeikommissar sieht nicht nur die Innere Sicherheit als Schwerpunkt seiner Arbeit, sondern auch die soziale Sicherheit gerade in Krisenzeiten. Glück auf, lieber Samuel!

## WIEDERWAHL

### UNTERFRANKEN-PARTEITAG



Herzlichen Dank für diesen großen Vertrauensbeweis! Die UnterfrankenSPD hat mich auf ihrem Parteitag Mitte Juli erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Zusammen mit dem neuen Vorstand aus engagierten Genossinnen und Genossen aus ganz Unterfranken werden wir die nächsten Monate dafür arbeiten, dass die Landtags- und Bezirkswahlen 2023 ein Erfolg für die BayernSPD werden.

Wir werden vor Ort in ganz Unterfranken zeigen, dass wir die bessere Politik machen.



Büro Rützel



Videos von meinem Tag  
bei der Post auf meiner  
Facebook-Seite!

Mit Martina Fehlner, unserer SPD-Landtagsabgeordneten aus Aschaffenburg, war ich u.a. im neu gebauten Zustellstützpunkt der Deutschen Post in Rieneck. Klar, dass wir auch tatkräftig mit angepackt haben.

# EIN TAG BEI DER POST

## MIT MDL MARTINA FEHLNER IN LOHR UND RIENECK

Voll im Bau befindet sich der neue Zustellstützpunkt der Deutschen Post in Rieneck. Bei meiner Tagestour in Sachen Post Ende Juni habe ich mir den Baufortschritt vor Ort zusammen mit meiner Landtagskollegin Martina Fehlner genau angeschaut.

Doch zuvor starteten wir in Lohr im dortigen Zustellstützpunkt, wo wir mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern direkt an ihrem Arbeitsplatz sprechen konnten. Anschließend haben Martina und ich Verbundzusteller auf ihrer Tour mit dem von der Post selbst entwickelten E-StreetScooter begleitet und dabei tatkräftig mitgeholfen, Pakete und Briefe zuzustellen.

Gespräche mit Vertretern des Betriebsrats, von ver.di und dem Post-Management über den sozialen und ökologischen Umbau der Post rundeten den Tag ab.





Büro Rützel

## BOTSCHAFTER

### ANTRITTSBESUCH

Anfang Juli war der neue norwegische Botschafter Torgeir Larsen zu Gast bei mir. Wir haben uns über soziale Fragen in Norwegen und Deutschland ausgetauscht. Außerdem sprachen wir über weitere Gas- und Stromlieferungen aus Norwegen. Norwegen hat mehrere Tarifzonen für Strom. Durch den Export von Strom nach Deutschland über den nordlink und andere Verbindungen ist auch der Preis für Strom in Norwegen drastisch angestiegen.

Auch das Thema Weiterbildungen und Berufsausbildungen im dualen Ausbildungssystem haben wir besprochen.

Über den Antrittsbesuch von Torgeir Larsen bei mir als Ausschussvorsitzenden für Arbeit und Soziales habe ich mich sehr gefreut, denn es ist immer bereichernd sich mit internationalen Gästen auszutauschen. Herzlichen Dank für die Einladung zum Nordic Talk im Herbst, wo ich dann über soziale Nachhaltigkeit sprechen darf.



Büro Rützel

## LEILA

### IN GEMÜNDEN

Stippvisite und erstes Kennenlernen mit den Mitarbeiterinnen der LEILA-rehaktiv-Beratungsstelle in den neu eingerichteten Räumen in der Altstadtpassage in Gemünden: Ich setze mich schon seit einiger Zeit für dieses Projekt ein, da es mir wichtig ist, Menschen, die aufgrund körperlicher, seelischer oder anderer psychosozialer Probleme und Einschränkungen lange Zeit arbeitslos sind, zu helfen und nicht allein zu lassen. Es geht um die Stärkung der Rehabilitation und letztlich berufliche (Re-)Integration und Teilhabe am Arbeitsleben - maßgeschneidert und individuell abgestimmt.

Im März ist genau hierfür die LEILA-Beratungsstelle gestartet. Als Teil des Bundesprogramms „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben - rehapro“ habe ich die Einrichtung des Projektes LEILA-rehaktiv begleitet, und werde das gerne auch weiter tun.

Danke für den ersten Austausch an (im Bild v.r.): Regina Reimer, Susanne Palme und Ulrike Pfeuffer.



Stefan Schweithofer | pixabay

## 9 EURO-TICKET

### WIE GEHT ES WEITER?

Diese Frage treibt derzeit viele Menschen und natürlich auch die Politik, Verkehrsunternehmen und Verbände um, denn neben dem günstigen Preis ist es vor allem die Nutzung aller ÖPNV-Angebote bundesweit, die das Ticket so attraktiv macht.

Eine dauerhafte Vereinfachung des Tarifsystems im öffentlichen Nahverkehr muss das Ziel sein - fernab vom sonstigen Tarif-Wirrwarr mit unterschiedlichen Zonen, Preisen und Angeboten, die eher verunsichern, abschrecken, viele nicht durchblicken lassen und mitunter doch recht teuer sind. Klar ist aber auch, dass hinsichtlich Infrastruktur, Personal und Zügen mehr passieren muss und dass der Bund ein solch günstiges Ticket wie das für 9 Euro auf Dauer nicht alleine finanzieren kann.

Mein Vorschlag ist es, auch künftig einen günstigen, bundesweit geltenden Monatsfahrchein für den ÖPNV anzubieten. Deshalb setze ich mich für ein 30 Euro-Ticket ein, das einem echten 365-Euro-Jahresticket entspricht.



Meine aktuelle Pressemitteilung kann man [hier](#) nachlesen.



Büro Schätzl

## UNTERWEGS

### IN NIEDERBAYERN

Anfang Juli war ich als Sozialpolitiker meiner Fraktion einen ganzen Tag in Niederbayern bei meinem Bundestagskollegen Johannes Schätzl und dem Landtagsabgeordneten Christian Flisek.

Der Tag begann in Passau mit einem Gespräch in der Arbeitsagentur. Das Gespräch über den Arbeitsmarkt setzten wir dann mit den Gewerkschaften IG Metall, NGG Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und dem DGB fort. Dann ging es zum AWO Seniorenzentrum Vilshofen (Foto). Arbeit in der Pflege war das Thema. Abends waren wir in Hauzenberg zur Veranstaltung „SPD-Fraktion im Bundestag vor Ort“, wo ich über die Rente gesprochen habe. Der Saal war gut gefüllt und das Interesse groß.

So anstrengend solche politische Ganztagestouren sind, so viel nehme ich hiervon auch mit für meine Arbeit in Berlin. Und der Blick über den eigenen Wahlkreis hinaus ist auch immer wieder spannend und Horizont erweiternd.



Büro Rützel

## GLAS & GAS

### GERRESHEIMER LOHR

Wir kämpfen für eine sichere Energieversorgung - für die Privathaushalte und die Wirtschaft. Die Versorgung mit Gas ist hier aktuell das drängendste Thema. Gerade in der Wirtschaft gibt es viele energieintensive Branchen und Betriebe, die auf Gas angewiesen sind. So auch die Glasindustrie und mit ihr Unternehmen in unserer Region - wie Gerresheimer Lohr. Der direkte Kontakt und Austausch mit Unternehmensführung, Beschäftigten und Betriebsräten ist mir daher besonders wichtig. So stehe ich seit Putins Angriff gegen die Ukraine mit Harald Merz, Betriebsratsvorsitzender der Gerresheimer Lohr GmbH und Mitglied im Konzernbetriebsrat der Gerresheimer AG, in noch engerem Austausch als zuvor.

Die Glashersteller sind enorm wichtig für die Lebensmittel-, Getränke-, Pharma-, Automobil- und Bauindustrie. Die Glasproduktion bzw. der Schmelzvorgang können nicht unterbrochen werden. Deshalb ist die ständige Energiezufuhr unverzichtbar. Ein weiteres Beispiel dafür, wie wichtig es ist, dass Bundesregierung und Bundestag alles daran setzen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.



## 455.000 EURO

### FÖRDERUNG FÜR ZENTEC-IDEE

Das Bundesministerium fördert ein Projekt unter Leitung der Zentec Existenzgründungs-GmbH aus Großwallstadt zum Aufbau von Weiterbildungsverbänden, mit dem der Wandel in der Fahrzeug- und Zulieferindustrie unterstützt werden soll. Mit 455.000 Euro fördert das Ministerium die Initiative, durch die Beschäftigten betriebsübergreifend maßgeschneiderte Weiterbildungsmaßnahmen erhalten.

Mit dem Projekt sollen Weiterbildungsverbände aufgebaut werden, die die langfristige Vernetzung und Kooperation zwischen den betroffenen Unternehmen untereinander sowie mit Trägern der Weiterbildung und anderen Akteuren des Arbeitsmarkts sicherstellen. Mit dabei sind auch die TH Aschaffenburg, die Agentur für Arbeit, die IG Metall, die IHK und die Handwerkskammer.

Auch Prof. Dr. Georg Rainer Hofmann von der TH Aschaffenburg zeigte sich äußerst erfreut, als ich von der Genehmigung der Förderung berichtet habe. Mit ihm stand ich schon häufig in engem Austausch zur Notwendigkeit einer umfassenden Weiterbildungsstrategie gerade für die Beschäftigten der Fahrzeug- und Zulieferindustrie.

# GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpoliti-  
sche Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

uns in Bayern geht es besser als den meisten anderen Bundesländern. Im aktuellen Sozialbericht lässt es sich schwarz auf weiß nachlesen. Die Wirtschaft ist zwischen 2010 und 2020 um 15,2 Prozent gewachsen. Das verfügbare Einkommen lag zuletzt 10,7 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Es beziehen weniger Menschen Leistungen der sozialen Mindestsicherung als anderswo und auch die Arbeitslosenquote ist mit 3,5 Prozent niedriger als der deutsche Schnitt.

Das sind zweifellos positive und erfreuliche Zahlen. Und doch müssen wir genauer hinsehen. Denn nicht allen im Freistaat geht es gut. Im Bundesland mit den zweitmeisten Einkommensmillionären sind 1,6 Millionen Menschen von Armut bedroht. Das Altersarmutsrisiko liegt sogar bei 22 Prozent. Bayern ist hier ebenfalls Spitzenreiter – im negativen Sinne.

Aber auch in anderen Bereichen der Sozialpolitik hakt es. Beispiel: Kita-Plätze. Die fehlen an allen Ecken – auch weil Tausende Erzieherinnen und Erzieher fehlen. Das Problem ist lange bekannt. Getan wird aber viel zu wenig, sodass die Situation inzwischen ein dramatisches Ausmaß erreicht hat.

Schlechte Noten erhält die Staatsregierung auch im Hinblick auf das Jahr 2026, wenn schrittweise der

Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen eingeführt wird. Bayern ist nach einer Studie mit am schlechtesten vorbereitet. 57.000 Betreuerinnen und Betreuer wären für eine fristgerechte Umsetzung notwendig – Personal, das sich angesichts unattraktiver Arbeitsbedingungen kaum gewinnen lässt.

Letztes Beispiel: Wohnen. Das ist in Bayern teuer. Viele suchen zunehmend verzweifelt nach einer Wohnung, die sie sich leisten können. Doch die Bilanz der Staatsregierung bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist geradezu miserabel. Dringend nötig ist eine massive Aufstockung der staatlichen Wohnraumförderung und erheblich mehr Tempo beim Bau von Mietwohnungen.

Diese Beispiele lassen die sozialpolitischen Leistungen der Staatsregierung in kritischerem Licht erscheinen. Dabei sind die eigentlichen Herausforderungen im aktuellen Sozialbericht noch gar nicht erfasst. Denn die Welt hat sich in den vergangenen Monaten radikal verändert. Exorbitant steigende Energiepreise, teure Lebensmittel treffen diejenigen besonders schmerzlich, die ohnehin wenig haben. Die Staatsregierung darf angesichts dieser Situation nicht untätig bleiben. Forderungen seitens der SPD-Fraktion: etwa ein bayerisches Entlastungspaket oder ein Sonderfonds für soziale Einrichtungen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass noch mehr Menschen in Armut abgleiten. Dafür setze ich mich mit ganzer Kraft im Bayerischen Landtag ein.

Herzlichst, Ihre/Eure Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbüero@martina-fehlner.de